

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau und Taucha

Wesenspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beklebung. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkassenkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Insertenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Bfg., bei Platzvorteil 40 Bfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10 Bfg., Kolonellzeile 25 Bfg., Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärts: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Bfg., bei Platzvorteil: 50 Bfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Was wird nun nach London?

Amtlich wird gemeldet

SPD London, 23. Juli.

Die Londoner Siebenmächtekonferenz ist am Donnerstagmittag beendet worden.

Amtlich wurde über das Ergebnis der Konferenz folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Die jüngsten außerordentlichen Kapitalabzüge aus Deutschland haben eine akute Finanzkrise hervorgerufen. Diese Abziehungen haben einen Mangel an Vertrauen verursacht, der nicht durch die ökonomische und die Budgetsituation des Landes gerechtfertigt ist. Um die finanzielle Stabilität aufrechtzuerhalten, sind die bei der Konferenz vertretenen Mächte, soweit es in ihrer Möglichkeit liegt, bereit, an einer Wiederherstellung des Vertrauens mitzuwirken. Sie sind bereit, den beteiligten Bankinstituten folgende Vorschläge zur Erleichterung der gegenwärtigen Situation zu unterbreiten:

1. daß der internationale Kredit von 100 Millionen Dollar, der kürzlich der Reichsbank unter der Führung der BIZ gewährt worden ist, auf die Zeit von drei Monaten verlängert wird,
2. daß gemeinsame Maßnahmen von den Geldinstituten der beteiligten Mächte zur Aufrechterhaltung des gegenwärtig Deutschland gewährten Kredits getroffen werden.

Die Konferenz empfiehlt, daß die Bank für internationalen Zahlungsausgleich aufgefordert werden soll, unverzüglich ein Komitee, bestehend aus von den Notenbankpräsidenten zu ernennenden Mitgliedern einzusetzen, das die weiteren sofortigen Kreditbedürfnisse Deutschlands unteruchen und die Möglichkeiten prüfen soll, kurzfristige Kredite in langfristige Kredite zu konvertieren.

Die Konferenz nahm mit Interesse die Mitteilungen Dr. Brüning's über die kürzliche Ausfallbürgschaft der deutschen Industrie für die Golddiskontbank zur Kenntnis. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß eine Garantie dieser Art es möglich machen sollte, eine feste Basis für die Aufnahme normaler internationaler Kreditationen zu schaffen. Die Konferenz glaubt, wenn diese Maßnahmen durchgeführt sein werden, die Basis für eine nachfolgende Daueraktion abgeben werden. Die Konferenz hat ebenso beschlossen, daß das Expertenkomitee mit der Ausarbeitung detaillierter Maßnahmen zur Intraffizierung des Hooverplanes fortfahren solle.

In den Schlußansprachen drückten die Delegationsführer dem Konferenzvorsitzenden, Premierminister Macdonald, ihre Dankbarkeit für seine weitsichtige Führung der Verhandlungen aus. In sämtlichen Ansprachen der Delegierten wurde der Tatsache der deutsch-französischen Annäherung besondere Beachtung geschenkt. Auch Dr. Brüning gab der Meinung Ausdruck, daß die in Paris und London stattgefundenen Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland mit zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beigetragen haben. Derartige Ausprachen zwischen Ministern zweier Länder sollten so oft wie möglich stattfinden.“

Was ist erreicht worden?

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag nach Abschluß der Londoner Konferenz die deutschen Pressevertreter in der englischen Hauptstadt. Er bezeichnete das Ergebnis der Konferenz als eine Zwischenlösung und fuhr dann fort:

„Mit einer Schnell-Lösung auf langfristiger Basis hatten wir nicht gerechnet, und was ich in Paris bereits erklärte, ist, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten einer solchen internationalen Anleihe, die monatelange Vorbereitungen erforderlich macht, von Anfang an klar gewesen, daß eine Einigung über eine

solche Anleihe zur Stunde wenigstens zwischen Amerika, England und Frankreich gar nicht erzielbar ist. Ich sehe ganz ab von etwaigen politischen Bindungen. So ist z. B. ganz klar, daß auch die Verfassung der Vereinigten Staaten es der Regierung in Washington unmöglich gemacht hätte, an einer langfristigen Anleihe ohne weiteres teilzunehmen. Dazu kommt die Lage des Londoner Kapitalmarktes, die zur Zeit eine solche Anleihe als gänzlich ausgeschlossen erscheinen läßt. Infolgedessen haben wir uns darauf beschränken müssen, daß 1. der 100-Millionen-Dollar-Kredit, der am 16. August abläuft, um 3 Monate verlängert wurde und 2. haben wir, worauf es vor allem ankommt, dafür gesorgt, daß nicht weiter kurzfristige Kredite abgezogen werden.“

Was erreicht sei, seien jedoch nur Zwischenmaßnahmen, und es sei unbedingt erforderlich, das Volumen des deutschen Kredits im Auslande in absehbarer Zeit zu vergrößern. In dem letzten Satz der amtlichen Verlautbarungen über den Abschluß der Londoner Konferenz sei diese Vergrößerung des Volumens als Grundlage der Aktion für die künftigen Ereignisse bezeichnet. Um diese Dinge zu beschleunigen, habe sich die deutsche Regierung bereits mit einer Reihe von Herren in Verbindung gesetzt, die Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage prüfen und sich gutachtlich äußern sollen. Dies sei notwendig, um dem Auslande die erweiterte Lage Deutschlands klar zu machen. Die amerikanischen Delegierten hätten vorgeschlagen, das Volumen des deutschen Kredits ein Komitee von Bankfachverständigen ernennen, das die Möglichkeit prüfen solle, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln. Deutschland habe durchgesetzt, daß während die BIZ dieses Komitee formell bilden sollte, die Mitglieder von den Notenbankern ernannt werden und nicht von der BIZ. Das sei ein Punkt, auf den ganz besonders hingewiesen werden mußte.

Reichskanzler Dr. Brüning führte ferner noch aus, daß später durchaus die Möglichkeit zu langfristigen Anleihen bestehe. Aber diese Frage hätten die deutschen Delegierten mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem Schatzkanzler Mellon noch in London eine Unterredung. Ein Zeitpunkt für den Gegenstand der französischen Minister in Berlin sei noch nicht festgelegt. Es sei jedoch darüber gesprochen worden, daß dieser Gegenstand vielleicht kurz vor Genf stattfinden. Aber dies sei ebenso wie der Besuch der deutschen Minister in Rom noch völlig in der Schwebe.

Der Reichsaussenminister teilte noch mit, daß die Sachverständigen, die über die Sachlieferungen und die Abberichtigung des Hoover-Planes zu beraten hätten, bis auf weiteres in London bleiben und untereinander die Frage regeln würden, um dann den Regierungen Bericht zu erstatten. Das eigentliche Verfahren stehe jedoch noch nicht fest.

Das Vertrauen in Deutschlands Stabilität

SPD Washington, 21. Juli.

Im Staatsdepartement wird erklärt, daß die Reise des Staatssekretärs Stimson nach Berlin keineswegs dem Zwecke diene, neue Kapitalien für Deutschland zu beschaffen. Das sei jetzt vielmehr Aufgabe des Komitees, das von der BIZ so schnell als möglich einzusetzen sei und das hoffentlich schon in den nächsten Tagen zusammenzutreten, um Mittel und Wege zur Stabilisierung der deutschen Finanzlage zu besprechen. Leider sei es sehr schwer, die Banken der Welt zu einer sofortigen Bewilligung neuer Kredite zu veranlassen. Man hoffe in Washington dennoch zuversichtlich, daß neues Geld nach Deutschland fließen werde, so bald erst das Vertrauen in Deutschlands Stabilität wieder hergestellt sei.

Der amerikanische Staatspräsident Hoover erklärte am Donnerstag nach Abschluß der Londoner Konferenz, daß London einen soliden Untergrund für Deutschlands Stabilität gelegt habe und daß damit Amerikas letztes Wort zu der Krise in Deutschland gesprochen sei. Weitere Schritte zugunsten Deutschlands seien jetzt ausschließlich Sache der Weltbankiers und nicht mehr der amerikanischen Regierung.

Es war nichts in London

Zu Beginn der vorigen Woche erfolgte der Zusammenbruch der Danatbank. Die Zahlungsunfähigkeit der zweitgrößten deutschen Bank wirkte alarmierend auf die internationale Bourgeoisie. Hatten sie schon die bisherigen Neuierungen der Krise des kapitalistischen Systems stark beunruhigt und zu Heilungsversuchen veranlaßt, so schien sie die durch den Bankbruch verschärfte Zuspitzung der Lage in Deutschland zu einer großzügigen Rettungsaktion des Wirtschaftssystems zu verpflichten. Mit dem Hooverplan, der einjährigen Pause für alle Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen, konnte es nicht getan sein. Es mußte mehr geschehen. So wurde schließlich für das Ende der für Deutschland so aufregenden Woche eine Ministerkonferenz nach Paris einberufen. Aus London, Berlin, Rom und Washington trafen Staatsmänner und Beauftragte des internationalen Bankkapitals in der französischen Hauptstadt zusammen, um einen neuen Zug zur Rettung Deutschlands einzuleiten.

Nicht nur der kleine Moritz, sondern weite Kreise auch sogenannter politischer Menschen stellten sich den Verlauf der Pariser Konferenz ungefähr so vor: In dem kleinen Gremium der versammelten Minister und Sachverständigen werde „gute Vernunft“ und „guter Wille“ die Beratungen beherrschen. Man werde einsehen, daß sich Deutschland in suchtbaren finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, die es ohne ausländische Hilfe nicht überwinden kann. Da aber niemand zusehen kann, daß von Deutschland aus eine schwere Katastrophe ihren Lauf nimmt, so werde man Deutschland die Mittel zur Verfügung stellen, die es nötig hat, um an der Katastrophe vorbei zu kommen. Dazu werde man sich um so eher entschließen können, da ja die in Paris vertretenen Mächte von jeher versichert haben, daß das Ziel ihrer Politik die Verständigung sei. Im französischen Ministerrat war auch bereits ein Vorschlag diskutiert worden, nach dem sich Frankreich führend an der Gewährung einer internationalen Anleihe in der Höhe von etwa 500 Millionen Dollar beteiligen wollte. Mit dieser langfristigen Anleihe hätten die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten überwunden und die Störungen im Zahlungsverkehr beseitigt werden können.

Aber die Minister gingen in Paris auseinander, ohne daß die Grundlage für die Gewährung dieser Anleihe geschaffen worden war. Offiziell wurde nicht zugegeben, daß ein praktisches Ergebnis nicht erzielt worden war. London, wohin sich die Minister unverzüglich aus Paris begaben, um an einer neuen Konferenz, zu der noch die Vertreter der Schweiz und Hollands hinzugezogen wurden, teilnehmen zu können, werde einen erfolgreichen Abschluß schon bringen. So hieß es. Es sollte, ja es mußte auf jeden Fall anders werden. Denn die Vertreter der deutschen und französischen Regierung hatten sich am zweiten Tage der Pariser Konferenz ausdrücklich die Wichtigkeit ihres Zusammentreffens bezeugt und betont, daß sie den Beginn einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bedeuten muß... Von heute an — das zu erklären ist den Vertretern der beiden Regierungen wichtig — betonen sie ihren Willen, zwischen ihren beiden Ländern im Rahmen des möglichen günstigen Bedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen und sie sind sich einig gewesen, zu verabreden, daß sie ihre Bemühungen vereinen werden, damit der Kredit und das Vertrauen innerhalb einer Atmosphäre der Ruhe und der Sicherheit wieder hergestellt werden können.“

Darauf wurde einige Tage in London verhandelt. Nun ist auch das zu Ende. Es wäre eine Selbsttäuschung, wenn in Deutschland jetzt nicht offen zugegeben würde, daß die Hoffnungen, die in politischen Kreisen an die Pariser und Londoner Besprechungen geknüpft worden sind, sich nicht erfüllt haben. Der Reichskanzler und der Außenminister bringen keine langfristige Anleihe, ja, sie bringen nicht einmal neue kurzfristige Kredite mit. Das ganze, was ihnen zugestanden worden ist, ist, daß der 100-Millionen-Dollar-Kredit, der schon am 16. Juli fällig, dann um vier Wochen verlängert wurde, nur noch einmal um drei Monate verlängert werden ist. Darüber hinaus sind von den Beteiligten noch gewisse Zusicherungen gegeben worden, daß weitere kurzfristige Kredite jetzt nicht abgezogen werden sollen. Schließlich sollen die Veruche, neue Auslandskredite hereinzubekommen, fortgesetzt werden. Eine kleine Gruppe von Sachverständigen soll nach Berlin kommen, um sich selbst über die Verhältnisse in Deutschland zu überzeugen, der Regierung mit Rat zur Seite zu stehen und ihre Bemühungen zu unterstützen. Daneben sollen nach einem Vorschlag der amerikanischen Delegierten die Notenbankpräsidenten ein Komitee von Bankfachverständigen ernennen, das die Möglichkeit der Umwandlung der

Die Auffassung in Paris

SPD Paris, 24. Juli.

Budgetminister Pietri ist bereits in der vergangenen Nacht nach Paris zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft hat er einem Vertreter des Echo de Paris erklärt: „Die in London getroffene Entscheidung ist natürlich nicht von kapitaler Bedeutung, aber man muß sie doch mit Genugtuung verzeichnen. Denn für die französischen Delegierten war der Weg mit Hindernissen besetzt, die durch die bemerkenswerten Taktik unseres Ministerpräsidenten Laval beseitigt werden konnten. Die französische Delegation ist nicht ein einziges Mal bei einer Abstimmung isoliert gewesen. Sie hat oft einstimmig votiert, manchmal mit Stimmengleichheit. Auf eine Frage des Journalisten über die Besprechung der Franzosen mit den deutschen Ministern am Donnerstag, antwortete Pietri, daß Laval und Briand wohl nach dem Essen in der deutschen Botschaft mit Brüning und Curtius gesprochen haben, daß aber diese Unterhaltung keine weiteren Ergebnisse gezeigt habe, als man schon lenne. Der französische Journalist fragte dann, ob die Unterhal-

tungen zwischen den französischen und deutschen Ministern und das magere Ergebnis der Londoner Konferenz neue Besprechungen zur Folge haben würden. Pietri erwiderte, es sei noch nichts beschlossen, aber nach seiner Ansicht würden die Besprechungen früher oder später wieder aufgenommen werden.

Léon Blum erklärt im „Populaire“, das französische Programm sei auf der ganzen Linie gescheitert. Die Regierung habe, so wolle er wenigstens glauben, den aufrichtigen Willen, die Initiative zu ergreifen und die Führung zu übernehmen. Aber das Unglück habe es gewollt, daß die Urheber des Programms zu viele Widerstände, Einwendungen und Befürchtungen in der Presse, in den parlamentarischen Kreisen und in der Regierung selbst zu überwinden hätten. So hätten sich die Verfasser auf den Weg der materiellen Wände und der politischen Beruhigungsmaßnahmen eingelassen, einen Weg, auf dem sie sich im voraus den Rückzug durch eine verwegene Reklame abgeschnitten hätten. Laval und seine Kollegen hätten einen doppelten Schlag ausführen wollen. Mit dem moralischen Vorteil der Deutschland gewährten Hilfe hätten sie den egoistischen Vorteil eines politischen Sieges verbinden wollen. Sie hätten aber nicht ihren Sieg und Deutschland keine Hilfe bekommen. Léon Blum verlangt daher, daß Laval so schnell wie möglich das Parlament einberufe, um vor ihm Rechenschaft über seine Isolierungspolitik abzugeben.